

- Die praktische Sozialplanung hat die Aufgabe, fachliche Konzepte, politische Richtungsvorgaben sowie Ressourcen-gemäße Steuerungszusammenhänge zu entwickeln und zu verwirklichen. Zu diesem Zweck ist sie je nach Handlungsfeld auf sehr unterschiedliche Verfahren und Instrumente angewiesen. Um die einzelnen methodischen Zugänge operativer Sozialplanung angemessen entfalten zu können, sollen daher zunächst die Bedeutung von Planung für die Praxis Sozialer Arbeit generell dargestellt und im anschließenden Teil dieses Buches die einzelnen Handlungsfelder entfaltet werden.

---

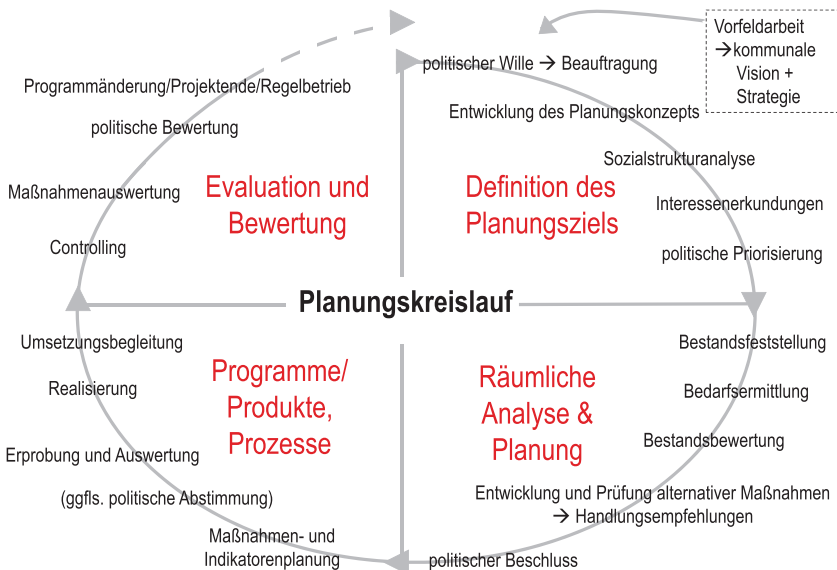
## 2.1 Planung als Methode Sozialer Arbeit

Professionelles Handeln ist gekennzeichnet von einer gemeinsamen Wissens- und Methodenbasis innerhalb der jeweiligen Profession. Insofern kommt es darauf an, auch für die Soziale Arbeit allgemein, mehr aber noch für die Sozialplanung und die in ihr geltenden sozialarbeiterischen Gesichtspunkte im Speziellen zu beschreiben, in welcher Form Methoden zum Einsatz kommen (Methodologie). Darüber hinaus muss geklärt werden, welche dieser Methoden besonders geeignet sind sowie auf welche Weise sie zum Einsatz kommen sollen (Methodik), um den speziellen Herausforderungen und Ansprüchen insbesondere in der kommunalen Sozialplanung genügen zu können.

### 2.1.1 Soziale Arbeit im Planungskreislauf von Kommunen

Sozialplanung ist eine zutiefst politisch geprägte Aufgabe in Kommunen. Allerdings hat diese Aufgabe keine grundlegende rechtliche Legitimation, sondern fungiert als freiwillige Tätigkeit kommunaler Sozialpolitik (vgl. Schubert 2013, S. 9; für Details der Realisierung am Beispiel Nordrhein-Westfalens vgl. Schubert 2014). Dies hat zur Konsequenz, dass noch vor aller *konkreten* Planungstätigkeit die *normativen* Grundlagen der Kommunalpolitik bestimmt werden müssen. Diesem Zweck dient die so genannte „*Vorfeldarbeit*“ (siehe Abb. 2.1), die – zumeist im Rahmen der Entwicklung eines kommunalen Leitbildes – dafür Sorge trägt, dass die kommunale Vision und deren Umsetzungsstrategie auf eine breitere Basis innerhalb der beteiligten Bevölkerung und auf politisch verantwortete Positionen zurückgreifen können.

In einem sodann zu konkretisierenden Planungszusammenhang wird, abgeleitet von der kommunalen Leitbild-Perspektive, zunächst die *Definition des Planungsziels* erfolgen. Dabei sind die dazu notwendigen Schritte, nämlich die politische Beauftragung, die daraus sich ergebende Entwicklung eines Planungskonzeptes



**Abb. 2.1** Detaillierter Planungskreislauf. (Quelle: Eigene Darstellung © A. Böhmer)

sowie möglicherweise eine Sozialstrukturanalyse mit anschließenden Interessen-erkundungen und politisch zu realisierenden Priorisierungen abzuleiten.

Zur Erarbeitung einer *räumlichen Analyse* und der *Maßnahmenplanung* empfehlen sich, auch aufgrund der rechtlichen Vorgaben (vgl. zumindest für den Bereich der Jugendhilfeplanung § 80 SGB VIII), zunächst eine Bestandsfeststellung mit Bedarfsermittlung und Bestandsbewertung vorzunehmen. Auf diese Weise über das konkrete Planungsfeld und die Bedarfe der KlientInnen informiert, ist es umso leichter möglich, die Entwicklung und Prüfung alternativer Maßnahmen anzugehen. Aus diesen Ergebnissen können schlussendlich Handlungsempfehlungen für die kommunalpolitisch Verantwortlichen abgeleitet werden. Damit lässt sich der politische Beschluss, etwa im Jugendhilfeausschuss fachlich qualifiziert vorbereiten.

Um auf dieser Grundlage *Programme/Produkte und Prozesse* verwirklichen zu können, sollten zunächst die konkreten Maßnahmen und damit einhergehend die jeweiligen Indikatoren entwickelt werden. Mitunter ist es angezeigt, gerade die detailliert konzipierten Indikatoren nochmals eigens politisch abzustimmen, um auf diese Weise sicherzustellen, dass die AuftraggeberInnen (nämlich die kommunalpolitisch Verantwortlichen) nicht nur der geplanten Maßnahme zustimmen, sondern auch deren konkreter Evaluationsgrundlage. Daran kann sich, gerade bei kleineren Projekten, eine Erprobung von Teilbereichen und deren Auswertung anschließen. Sind auf diese Weise hinreichend angemessene Kriterien und Praxiserfahrungen zusammengetragen worden, so steht der Realisierung der geplanten Maßnahme nichts mehr im Weg. In dieser Phase kommt der Sozialplanung lediglich die Umsetzungsbegleitung zu, die konkrete Realisierung des Projektes liegt bei den Trägern der Sozialen Arbeit.

Wurden die Maßnahmen realisiert, so stehen in einem letzten Schritt *Evaluation und Bewertung* an. Dazu sind zunächst die durch das Controlling zu ermittelnden und auszuwertenden Kennzahlen heranzuziehen. Sodann bedarf es einer Maßnahmenauswertung, um auf diese Weise die ermittelten Daten fachlich einordnen sowie die konkreten Erkenntnisse des Gesamtprojektes unter professioneller Hinsicht bestimmen zu können. Sodann wird eine politische Bewertung vorgenommen, die insbesondere nach den mit dem konkretisierten Projekt verbundenen Ziel und dessen Erreichungsgraden fragt. Auf dieser Grundlage kann nunmehr darüber entschieden werden, ob eine Programmänderung eingeleitet werden muss (etwa, weil zu viele Abweichungen von den Zielvorgaben festgestellt werden), ob (beispielsweise aufgrund der großen festgestellten Mängel) das Projekt beendet werden oder aber, ob es in den Regelbetrieb überführt werden und der Planungskreislauf auf einer qualitativ höheren Ebene weitergeführt werden kann.

### 2.1.2 Soziale Arbeit im Planungskreislauf freier Träger

Auch für die Dienste und Einrichtungen freier Träger und deren koordinierte Steuerung hat Sozialplanung ein besonderes Gewicht. Hier nämlich kommt es einerseits darauf an, angesichts der trägerspezifischen Normen und Werte (Weltanschauung, politische Orientierung etc.) angemessene Umsetzungs-, Teilhabe-, Kommunikations- und Bewertungsregeln zu entwickeln, um auch in den sich permanent wandelnden Arbeitsfeldern fachlich wie trägerpolitisch angemessen agieren zu können. Dies bedeutet, dass die fachlichen Ansprüche unter der Hinsicht von Ökonomisierungstendenzen, Wirkungsorientierung, Inklusion und etlichen weiteren jüngeren Ansprüchen an die fachliche Arbeit strukturiert, organisiert, geplant und bewertet werden müssen. So ist es beispielsweise für einen Träger der offenen Jugendarbeit von einiger Bedeutung, die Ausschreibungen der Kommune für offene Angebote in Engelsberg, aber auch für Hausaufgabenhilfe oder weitere Dienstleistungen so „bedienen“ zu können, dass er tatsächlich den Auftrag erhält. Unter dieser Hinsicht sind nicht allein ökonomische Konzepte von Bedeutung, um einen ebenso Markt-fähigen wie die Existenz des Trägers sichernden Preis ermitteln zu können (zu den Details von Leistungsverträgen in der Sozialwirtschaft vgl. Brinkmann 2010, S. 158 ff.). Genauso ist es von Bedeutung, den *fachlichen* Ansprüchen sowie den eigenen weltanschaulichen und politischen Normen in hinreichendem Ausmaß entsprechen zu können. Um dies auch langfristig absichern zu können, bedarf es *trägerpolitisch* einiger strategischer Überlegungen und konzeptioneller Umsetzungen, um sich innerhalb der Inszenierung von Wettbewerb auf den Quasi-Märkten wohlfahrtsstaatlicher Ordnungen (vgl. Dahme und Wohlfahrt 2006) und der auf diese Weise geschaffenen Konkurrenzsituation hinsichtlich anderer Träger Sozialer Arbeit unter Marketing- und Absatzkriterien entsprechend bewegen zu können. Dies gilt etwa für den Jugendhilfebereich (SGB VIII) oder auch die Eingliederung in Arbeit (SGB II). Unter dieser Hinsicht kommt also Sozialplanung die besondere Aufgabe zu, fachliche, ökonomische sowie strategisch-politische Aspekte in einer verbindenden Konzeption von Planung zur Geltung kommen zu lassen.

Des Weiteren ist die Sozialplanung freier Träger von der besonderen Herausforderung der Transformation des Sozialen (vgl. Lessenich 2013; Böhmer 2014a, c, d) und mit den diesen Prozessen inhärenten Ansprüchen und Veränderungen bezüglich der Trägerlandschaft und der Handlungsmöglichkeiten wie -notwendigkeiten konfrontiert. Denn die bereits beschriebene Wettbewerbs-Szenerie auf den Märkten für soziale Dienstleistungen ist nur eine Seite des in breitem Umfang in Veränderung befindlichen Sozialstaatsarrangements in westlichen Gesellschaften. Neben dieser neueren Form der „Ökonomisierung“ bezüglich der Produkte der

Träger sozialer Dienste und Einrichtungen werden auch personale, gruppenbezogene sowie sozialräumliche Akteure in anderer Weise als in den Zeiten des Ausbaus wohlfahrtsstaatlicher Angebote gesehen, adressiert und behandelt. Hierbei scheint die Grundoption der sog. „Aktivbürger“ (Lessenich) zu sein, der sich aktiv nicht nur für sein eigenes Wohlergehen und berufliches Fortkommen engagiert, sondern zugleich seine sozialen Netzwerke und größeren sozialräumlichen Bezüge in eigener Regie und in Konformität zu ökonomischen Vorstellungen des nutzbringenden Zusammenlebens zu gestalten versteht. Ein solches Individuum, das geprägt ist von der individuellen Ausgestaltung erwerbsarbeitsgesellschaftlicher Postulate wie Fleiß, Eigenverantwortung, strategische Bewirtschaftung der eigenen Biografie u. ä. m. (vgl. Böhmer 2013a, b), wird damit auch zum Adressaten gewandelter sozialer Dienstleistungen. Diese nämlich sollten unter der hier grob umrissenen transformierten Perspektive auf Soziales und dessen Produktionen effizient, wirkungsorientiert und möglichst kurzzeitig angelegt sein, um lediglich vorübergehenden individuellen Hemmnissen hinsichtlich der Teilhabe an der Erwerbsarbeit Abhilfe schaffen zu können. Längerfristige und auf interpersonelle Vertrauensverhältnisse fußende Bezüge, die eventuell nicht allein akute Störungen, sondern auch biografische Muster, sozialräumliche Netzwerke oder gar politische Prozesse mitberücksichtigen würden, erscheinen unter dieser Hinsicht mindestens als Fremdkörper und reichlich antiquiert.

Ob sich sozialplanerische Prozesse tatsächlich einem solchen Diktat unterwerfen oder aber die bereits mehrfach angesprochenen Fachlichkeit zum Anlass nehmen, diese Vorgaben – möglichst gemeinsam mit der NutzerInnen – kritisch zu reflektieren, darf als unternehmerischer Entscheidungs- und Handlungsspielraum verstanden werden. Tatsache aber ist auch, dass Sozialplanung der freien Träger auf sozialmarktliche Strukturen trifft und von deren Verwertungs- und Ertragslogiken immer dann abhängig ist, wenn es um die eigene wirtschaftliche Existenz der Träger samt ihren Diensten und Einrichtungen geht. Somit ist das Aufgabenspektrum der Sozialplanung unter dieser Hinsicht von eminenter unternehmensstrategischer Bedeutung, da nicht allein operative Gesichtspunkte für die Umsetzung berücksichtigt und demzufolge in den Planungsprozess einbezogen werden müssen, sondern mindestens ebenso sehr strategische und normative Aspekte der freien Träger ihre Auswirkungen zeigen müssen. Insofern ist die planerische Kompetenz, die sich in den Trägerstrukturen hinsichtlich Qualifikation des Personals, aber mehr noch bezüglich der Stellendefinition von SozialplanerInnen niederschlägt, von großer Bedeutung.

## 2.2 Indikatoren in der Sozialplanung

Bereits aus den bislang formulierten Zusammenhängen und den mit ihnen einhergehenden Maßstäben sollte deutlich geworden sein, dass Sozialplanung sowohl in kommunaler als auch in der Verantwortung freier Träger ein hochkomplexes Tätigkeitsfeld ist, dass zu seiner Umsetzung und der dabei notwendige Zielerreichung auf vielfältige Verfahren, aber genauso sehr auch auf vielfältige Hinweise für Gelingen oder Misslingen angewiesen ist.

Solche Hinweise dienen insbesondere der Einschätzung des Ist-Standes, sie sind in der Lage, die methodisch durchgeführten Einflussnahmen auf laufende Prozesse abzubilden, und sie dienen dem Zweck, Evaluation differenziert und mit Blick auf die zuvor definierten Zielkorridore angemessen durchführen zu können. Um diesen Aufgaben genügen zu können, sind Maßgrößen notwendig, die erkennen lassen, inwiefern die unterschiedlichen Gesichtspunkte, ihre Wechselwirkung und ihre schlussendlich gemeinsame Darstellung eines Planungsergebnisses erreicht werden konnten. Somit bieten solche Anzeiger die Chance, ein bestimmtes Planungsfeld zu *operationalisieren*, indem mehrere bedeutende Zieldimensionen in Mess- und Erhebungsformate überführt werden. Die Messgrößen können etwa im Hinblick auf die Ausprägung der Sozialraum-Orientierung *Zahlen* über die durchschnittlichen Netzwerkkontakte je Erhebungsperiode sein, aber auch *qualitative Beschreibungen* über die Intensität, die Verlässlichkeit oder die thematische Vielfältigkeit sozialräumlicher Kontakte (für eine grundlegende Einschätzung von Kennzahlen vgl. Halfar et al. 2014, S. 36 ff.; für weiterreichende und detailliertere Darstellungen von Kennzahlen vgl. Halfar et al. 2014, S. 205 ff.). Indem also Operationen für die Messung der fraglichen Zusammenhänge möglich werden, können damit fundierte Auskünfte über die aktuelle Sachlage gewonnen werden.

Mehr noch: Wie bereits das Beispiel der Sozialraum-Orientierung belegt hat, lässt sich ein Planungsfeld *differenziert* und reflektiert durch Indikatoren darstellen, indem die verschiedenen planerischen und dabei fachlichen Dimensionen in Erhebungsoperationen „umgemünzt“ werden. Zudem wird auf diese Weise die *Darstellung* der Situation, eventuell bereits im Vergleich zu früheren Zeitpunkten, möglich und erlaubt so die Einschätzung von Verläufen (vgl. insgesamt Döbert 2007, S. 9). Um also ein Planungsfeld wie etwa die Altenhilfe in Engelsberg mehrdimensional in den Blick nehmen und mögliche Aussagen im Planungsfortgang formulieren zu können, sind Indikatoren häufig ein probates Mittel, um Komplexität erfassen und zugleich Übersichtlichkeit realisieren zu können. Generell gilt: „Unter Indikatoren werden [...] Messgrößen (‘Anzeiger’) verstanden, die als Stellvertretergrößen für komplexe, in der Regel mehrdimensionale Gefüge einen möglichst einfachen und verständlichen Statusbericht über die Qualität eines Zustandes

liefern, etwa wichtige Aspekte des Zustandes eines zu betrachtenden Gesamt- oder auch Teilsystems.“ (Döbert 2007, S. 9 f.) Dies kann der Statusbericht über die schon erwähnte Sozialraum-Orientierung eines Trägers Sozialer Arbeit in Engelsberg sein, der mithilfe der Indikatoren Aussagen darüber gewinnen möchte, inwiefern er Fortschritte bei der Neueinführung dieses fachlichen Ansatzes erzielt. Doch auch die Kommune kann solche Anzeiger nutzen, um in Erfahrung zu bringen, in welchem Ausmaß die mit einem Träger vereinbarte Umsetzung eines Versorgungskonzeptes tatsächlich in der definierten qualitativen Ausprägung realisiert werden konnte.

Bei diesen Hinweisen zur Konkretisierung wurde deutlich, dass Indikatoren in der Sozialplanung stets gekoppelt sind mit fachlichen Definitionen (Sozialraum-Orientierung) und mit normativen Vorgaben (definierte qualitative Ausprägung eines Konzeptes). Auf beide Zieldimensionen der Anzeiger ist bei deren Definition, Erhebung und Ermittlung jeweils zu achten, um sie trennscharf voneinander abheben zu können und zugleich die Bedeutung normative Entscheidungen auch im planerischen und evaluativen Zusammenhang transparent machen zu können. Zudem müssen Indikatoren zeitnah weiter ermittelt werden, da sie sich in (kleinen) Sozialräumen mitunter gravierend von gesellschaftlichen Makrotrends unterscheiden können (vgl. Bürger und Schone 2006, S. 88). So kann etwa der Anteil von Menschen unter 18 Jahren oder der Hochaltrigen in Engelsberg deutlich von jenen Daten abweichen, die für die Gesamtstadt, das Bundesland oder andere Planungsräume gelten können.

Allerdings sind nicht allein Kennzahlen vonnöten, um mithilfe von quantifizierten Aussagen Einschätzungen des Planungsprozesses und seiner Ergebnisse vornehmen zu können, sondern für verschiedene Dimensionen der Erbringung sozialer Dienstleistungen kann es im selben Maße plausibel sein, qualitative Beschreibungen für Ausgangs-, Prozess- und Ertragssituation vorlegen zu können. So kann es in Engelsberg hilfreich sein, zum einen die periodisch neu gewonnenen NutzerInnen eines Angebotes für so genannte „Sprachtandems“, also das paarweise Erlernen der deutschen und einer weiteren Sprache, beziffern zu können. Zugleich werden aber auch qualitative Aussagen derjenigen, die dieses Angebot tatsächlich nutzen, sowie jener, die sich zu einer Teilnahme nicht durchringen können, wichtige Anhaltspunkte dafür liefern können, ob und inwiefern das Angebot fortgeführt oder weiterentwickelt werden sollte.

Unter dieser Hinsicht werden im nächsten Abschnitt beide Kategorien für solche Indikatoren dargestellt, hinsichtlich der möglichen Ausgestaltung und Nutzung präsentiert sowie mit Blick auf ihre Wechselwirkung diskutiert.

## 2.2.1 Quantitative Indikatoren

Wie bereits erwähnt, dienen die quantitativen, also auf die Darstellung mengenmäßiger Zusammenhänge angelegten Kennzahlen dazu, für den jeweiligen Planungsraum Größenverhältnisse zu ermitteln, deren Entwicklung darzustellen und sie vor dem Hintergrund der normativen Definitionen mit Blick auf mögliche Planungskonsequenzen einzuschätzen. Insofern ist der Qualitätsanspruch an quantitative Indikatoren durch die Maßstäbe der Transparenz ihrer Ermittlung, der Verlässlichkeit ihrer Messungen (Reliabilität), der Objektivität, der Belastbarkeit der Aussagegehalte (Validität) sowie der Repräsentativität ihrer Ergebnisse für den Planungsraum bestimmt. Damit kommen den Gesichtspunkten einer angemessenen Definition der jeweiligen Gesamtheit der zu Befragenden, einer im vorgenannten Sinne angemessenen Stichprobenziehung, weiteren Reflexionen auf die Qualität des gewonnenen Datenmaterials (Ausschöpfungsrates u. a. m.) und schließlich der zielführenden Auswertung des Materials besondere Bedeutung zu. Üblicherweise werden daher Fragebögen eingesetzt, die mithilfe geschlossener Fragen eindeutige Antworten und daraus sich ergebende Darstellungen von Größenverteilungen ermöglichen.

Das Design solcher Bögen ist insofern hoch anspruchsvoll, als nicht allein die Gütekriterien quantitativer Sozialforschung erfüllt sein müssen, sondern auch den fachlichen sowie lokalen Besonderheiten Rechnung getragen werden muss. Deshalb empfiehlt es sich, eine Analyse möglichst vieler den Planungszusammenhang beeinflussender Faktoren (sog. Bedingungsfeldanalyse) *vorab* durchzuführen, um die zur Diskussion stehenden Fragestellungen, Besonderheiten des Planungsraumes und anderes mehr zu ermitteln. Zur Durchführung einer Analyse können entweder teilstandardisierte Erhebungsbögen vergleichbarer Planungen (z. B. im selben Planungsraum einige Jahre zuvor oder aber in einem anderen Planungsraum mit vergleichbaren Planungsinteressen) eingesetzt werden. Ebenfalls üblich sind ExpertInneninterviews, die aufgrund der Streuung der befragten Personen einen möglichst breiten Blick in das Erhebungsfeld gestatten. Da solche Interviews in aller Regel einem qualitativen Design entsprechen, werden deren Besonderheiten im nachfolgenden Abschnitt 2.2.2 eigens thematisiert. Entscheidend für die Gewinnung quantitativer Indikatoren ist jedoch, dass eine solche Analyse von Einflussfaktoren eine möglichst breite Vielfalt ermittelt, um somit die Grundlage zu haben, ein entsprechend ausdifferenziertes quantitatives Erhebungsinstrument zu entwickeln.

In der Praxis ergeben sich in der Weiterarbeit mit den ermittelten Zahlen dort Probleme, wo diese Zahlen mit unterschiedlichen Einheiten versehen sind (BesucherInnen pro Veranstaltung, Menschen pro Quadratkilometer, Nennung einer bestimmten Einschätzung pro Gesamtgruppe). Es sind verschiedene Umgangswei-



sen im Hinblick auf die Vereinheitlichung dieser unterschiedlichen quantitativen Indikatoren gebräuchlich. Als erstes Beispiel kann die Vergabe von Schulnoten durch die Befragten angeführt werden. In diesem Zusammenhang gibt es keinerlei Umrechnungsprobleme, da alle erfragten Praxisfelder mithilfe von Indikatoren derselben Maßeinheiten abgebildet werden. Daher sieht die Vereinheitlichung der unterschiedlichen Erhebungsbereiche zunächst recht einfach aus. Werden beispielsweise Zufriedenheitswerte für das Wohnen in Engelsberg, den dortigen öffentlichen Personennahverkehr, die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, Gesundheitsdienstleistungen, Bildungsangebote u. v. m. erfragt, so können diese Werte ohne umständliche Umrechnungsformen zusammengeführt werden. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die häufig geübte Praxis, für Ordinalskalen einen „Durchschnittswert“ errechnen zu wollen, aus statistischen Gründen unzulässig ist, da den einzelnen Schulnoten keine quantitativen Differenzen hinterlegt sind, sondern in ihrer Rangfolge abgestufte Qualitätsurteile. Sehr wohl aber können Medianwerte ermittelt werden, die den Wert ausweisen, welcher die Gesamtmenge an Qualitätsurteilen in zwei gleich große Teile gliedert. Zudem ist nicht zu unterschätzen, dass solche Schulnoten-bezogenen Befragungen der EinwohnerInnen eines Quartiers oder NutzerInnen einer Dienstleistung lediglich deren subjektive Auffassung zu einem bestimmten Zeitpunkt ermitteln können. Derartige Befunde sind sicherlich von einigem Nutzen, um genau diese Perspektive der Betroffenen einzufangen, objektive Daten lassen sich auf diese Weise jedoch nicht ermitteln. Insofern ist zumindest fraglich, ob sich sozialplanerische Prozesse grundsätzlich und in Gänze auf eine solche Datenqualität stützen sollten.

Eine statistisch sehr viel differenziertere Vorgehensweise stellt die Umwandlung der verschiedenen Indikatoren ihrer jeweiligen Verteilungen in eine Normal-Verteilung (beispielsweise z-Werte) dar. Hierbei werden die Mittelwerte  $M=0$  und die Standardabweichung  $SD=1$  definiert. Somit können die Werte verschiedener Indikatoren zusammengeführt werden. Eine weitere Möglichkeit stellt die Ermittlung von Fallzahlen und deren Umrechnung auf die Bevölkerungsdichte dar. Auf diese Weise können beispielsweise die in einem Kalenderjahr erbrachten Hilfen zur Erziehung, die Fallzahlen der verschiedenen Pflegestufen, die Anzahl der Opioidabhängigen in Substitutionsprogrammen o. a. m. pro 1000 EinwohnerInnen dargestellt und mit anderen Planungsräumen abgeglichen werden, in denen dieselben Fallarten erhoben und in derselben Weise umgerechnet werden. Mit einem solchen Verfahren lassen sich ebenfalls unterschiedliche Fallgruppen, nun bezogen auf Planungsräume, vergleichen. Der Nutzen solcher Vergleiche liegt insbesondere darin, Planungsnotwendigkeiten Indikatoren-gestützt erkennen und vor dem Hintergrund der Vergleiche mit anderen Räumen oder Zeiten bewerten zu können. Insofern bieten gerade die hier thematisierten quantitativen Messzahlen wichtige Anhaltspunkte für die Sozialplanung von Kommunen und freien Trägern.

### 2.2.2 Qualitative Indikatoren

Durch die Ermittlung qualitativer Aussagen hinsichtlich der Planungsräume, der sozialpolitischen Zielsetzungen, der sozialarbeiterischen Aufgabenstellungen und insbesondere der Perspektiven und Wünsche der NutzerInnen selbst lassen sich ebenfalls wichtige Anhaltspunkte für die Fortführung planerische Prozesse gewinnen. Hierbei nämlich sollen zunächst die Qualitäten sozialer Sachverhalte erhoben und sodann durch Interpretation verstanden werden können. Damit sind, anders als in den quantitativen Verfahren, die jeweiligen subjektiven Einschätzungen von maßgeblicher Bedeutung. Zugleich werden über standardisierte Verfahren möglichst intersubjektive Vergleichbarkeit und methodische Verlässlichkeit hergestellt.

Qualitative Indikatoren lassen sich daher ermitteln, indem insbesondere durch Interviews, aber auch durch Medienanalysen oder andere Zugänge Einschätzungen, Bedeutungen und Praktiken untersucht werden. So können etwa durch Leitfadengestützte Interviews mit älteren BewohnerInnen Engelsbergs deren Wahrnehmungen ihres Umfeldes, ihre diesbezüglichen Einschätzungen (Wünsche, Hoffnungen, Ängste etc.) erfragt und in die jeweils individuellen Bedeutungszusammenhänge der Interviewten eingeordnet werden.

Weitere qualitative Anzeiger sozialer Sachverhalte können durch verschiedene Formen der teilnehmenden Beobachtung gewonnen werden. Hierzu zählen beispielsweise Stadtteilspaziergänge, die entweder durch die ermittelnden Personen allein oder aber in Begleitung von ausgesuchten Menschen aus dem Planungsraum erfolgen können. Die erstgenannte Variante bietet die Chance, unvoreingenommen und nahezu „neutral“ Territorien, Akteure und Prozesse zu Gesicht zu bekommen. Die geführte Variante hingegen bietet mehr Möglichkeiten, aus Perspektive der NutzerInnen oder anderer relevanter Akteure wichtige Orte kennen lernen und Zusatzinformationen gewinnen zu können.

Auch im qualitativen Modus der Erhebungen kommt der Datensicherung und Aufbereitung für planerische Zwecke eine besondere Bedeutung zu. Da es nötig ist, auch diese Erkenntnisse intersubjektiv zugänglich zu machen (etwa für die anderen SozialplanerInnen oder auch für die Gremien des Kommunalparlamentes), müssen sie in gut nachvollziehbarer Weise dokumentiert werden. Dazu eignen sich etwa Fotoprotokolle, also Dokumentationen, welche die Erhebungen durch Wort und Bild darzustellen verstehen, oder Wiedergaben, die „O-Töne“ der Menschen zum Ausdruck bringen. Solche Darstellungen können zumeist sehr viel eher erkennen lassen, welche Themen und welche damit verbundenen Blickwinkel die NutzerInnen im Planungsraum beschäftigen, als dies allein durch die Darstellung der untersuchenden ExpertIn möglich wäre.

Verfahren und Handlungsfelder der Sozialplanung

Grundwissen für die Soziale Arbeit

Böhmer, A.

2015, IX, 187 S. 23 Abb., 12 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-03319-4